DURCHFÜHRUNGSBESCHLUSS (EU) 2021/870 DER KOMMISSION

vom 28. Mai 2021

über den Rechnungsabschluss der Zahlstellen der Mitgliedstaaten für die vom Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) im Haushaltsjahr 2020 finanzierten Ausgaben

(Bekannt gegeben unter Aktenzeichen C(2021) 3684)

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über die Finanzierung, die Verwaltung und das Kontrollsystem der Gemeinsamen Agrarpolitik und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 352/78, (EG) Nr. 165/94, (EG) Nr. 2799/98, (EG) Nr. 814/2000, (EG) Nr. 1290/2005 und (EG) Nr. 485/2008 des Rates ([1]), insbesondere auf Artikel 51,

nach Anhörung des Ausschusses für die Agrarfonds,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Gemäß Artikel 51 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 führt die Kommission den Rechnungsabschluss der in Artikel 7 derselben Verordnung genannten Zahlstellen vor dem 31. Mai des Jahres, das auf das betreffende Haushaltsjahr folgt, durch und stützt sich dabei auf die Jahresrechnungen, welche die Mitgliedstaaten mit den für ihren Abschluss notwendigen Auskünften, einer Stellungnahme zur Vollständigkeit, Genauigkeit und sachlichen Richtigkeit der übermittelten Rechnungen und den Berichten der bescheinigenden Stellen vorlegen.

(2) Gemäß Artikel 39 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 beginnt das Agrar-Haushaltsjahr am 16. Oktober des Jahres N-1 und endet am 15. Oktober des Jahres N. Die von den Mitgliedstaaten im Zeitraum vom 16. Oktober 2019 bis zum 15. Oktober 2020 getätigten Ausgaben sollten im Rahmen des Rechnungsabschlusses für das Haushaltsjahr 2020 berücksichtigt werden, wie in Artikel 11 Absatz 1 der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 908/2014 der Kommission ([2]) vorgesehen.

(3) Gemäß Artikel 33 Absatz 2 Unterabsatz 1 der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 908/2014 werden zur Bestimmung der Beträge, die aufgrund des in Artikel 33 Absatz 1 derselben Verordnung genannten Rechnungsabschlussbeschlusses von den einzelnen Mitgliedstaaten wiedereinzuziehen bzw. ihnen zu erstatten sind, die monatlichen Zahlungen für das betreffende Haushaltsjahr von den für das betreffende Jahr gemäß Artikel 33 Absatz 1 anerkannten Ausgaben abgezogen. Die Kommission kürzt bzw. erhöht die monatliche Zahlung für die im zweiten Monat nach dem Rechnungsabschlussbeschluss getätigten Ausgaben um den so ermittelten Betrag.

(4) Die Kommission hat die von den Mitgliedstaaten übermittelten Unterlagen überprüft und den Mitgliedstaaten die Ergebnisse der Überprüfung zusammen mit den notwendigen Änderungen mitgeteilt.

(5) Die Kommission kann anhand der Jahresrechnungen und der beigefügten Unterlagen einen Beschluss über die Vollständigkeit, Genauigkeit und sachliche Richtigkeit der Jahresrechnungen bestimmter Zahlstellen fassen.

(6) Bezüglich der von bestimmten anderen Zahlstellen übermittelten Unterlagen sind zusätzliche Nachforschungen erforderlich, sodass deren Rechnungen in diesem Beschluss nicht abgeschlossen werden können.

(7) Gemäß Artikel 5 Absatz 5 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 907/2014 der Kommission ([3]) werden etwaige Fristüberschreitungen in den Monaten August, September und Oktober im Rahmen des Rechnungsabschlussbeschlusses berücksichtigt. Einige der von bestimmten Mitgliedstaaten in den genannten Monaten des Jahres 2020 gemeldeten Ausgaben wurden nicht fristgerecht getätigt. Mit dem vorliegenden Beschluss sollten daher die entsprechenden Kürzungen festgesetzt werden.

([1]) ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 549.

([2]) Durchführungsverordnung (EU) Nr. 908/2014 der Kommission vom 6. August 2014 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Zahlstellen und anderen Einrichtungen, der Mittelverwaltung, des Rechnungsabschlusses und der Bestimmungen für Kontrollen, Sicherheiten und Transparenz (ABl. L 255 vom 28.8.2014, S. 59).

([3]) Delegierte Verordnung (EU) Nr. 907/2014 der Kommission vom 11. März 2014 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Zahlstellen und anderen Einrichtungen, die finanzielle Verwaltung, den Rechnungsabschluss, Sicherheiten und die Verwendung des Euro (ABl. L 255 vom 28.8.2014, S. 18).

(8) Gemäß Artikel 41 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 hat die Kommission bereits eine Reihe monatlicher Zahlungen für das Haushaltsjahr 2020 aufgrund der Überschreitung von Obergrenzen, der Nichteinhaltung von Zahlungsfristen oder von Mängeln im Kontrollsystem gekürzt oder ausgesetzt. In diesem Beschluss sollte die Kommission solche gekürzten oder ausgesetzten Beträge berücksichtigen, um unangebrachte oder verfrühte Zahlungen sowie Erstattungen, die in der Folge Gegenstand finanzieller Berichtigungen sein könnten, zu vermeiden. Die betreffenden Beträge können gegebenenfalls im Rahmen des Konformitätsabschlussverfahrens gemäß Artikel 52 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 weiter geprüft werden.

(9) Die Kommission hat die entsprechenden monatlichen Zahlungen für das Haushaltsjahr 2020 bereits um die Beträge gekürzt, die aufgrund von Rechnungsabschluss- und Konformitätsabschlussbeschlüssen gemäß den Artikeln 51 und 52 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013, die die Kommission im Haushaltsjahr 2020 durchgeführt hat, an den Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) zurückzuzahlen sind. Alle diese Beträge sind in diesem Beschluss berücksichtigt.

(10) Gemäß Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 werden bei Unregelmäßigkeiten die finanziellen Folgen einer Nichtwiedereinziehung zu 50 % von dem betreffenden Mitgliedstaat getragen, wenn die Wiedereinziehung nicht innerhalb einer Frist von vier Jahren ab dem Zeitpunkt der Wiedereinziehungsaufforderung erfolgt ist, bzw. innerhalb einer Frist von acht Jahren, wenn die Wiedereinziehung Gegenstand eines Verfahrens vor den nationalen Gerichten ist. Gemäß Artikel 54 Absatz 4 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 müssen die Mitgliedstaaten den Jahresrechnungen, die sie der Kommission gemäß Artikel 29 der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 908/2014 vorlegen müssen, eine bescheinigte Tabelle über die gemäß Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 zu ihren Lasten gehenden Beträge beifügen. Die Durchführungsverordnung (EU) Nr. 908/2014 regelt im Einzelnen, wie die Mitgliedstaaten ihrer Pflicht zur Berichterstattung über die wiedereinzuziehenden Beträge nachzukommen haben. Anhang II der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 908/2014 enthält die Mustertabelle, die die Mitgliedstaaten zur Angabe der wiedereinzuziehenden Beträge zu übermitteln haben. Auf der Grundlage der von den Mitgliedstaaten ausgefüllten Tabellen entscheidet die Kommission über die finanziellen Folgen der Nichtwiedereinziehung bei mehr als vier bzw. mehr als acht Jahre zurückliegenden Unregelmäßigkeiten.

(11) Gemäß Artikel 54 Absatz 3 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 können die Mitgliedstaaten in ordnungsgemäß begründeten Fällen beschließen, die Wiedereinziehung nicht weiterzuverfolgen. Dieser Beschluss kann jedoch nur gefasst werden, wenn die bereits aufgewendeten Kosten und die voraussichtlichen Wiedereinziehungskosten zusammen den wiedereinzuziehenden Betrag überschreiten oder wenn die Wiedereinziehung wegen nach dem nationalen Recht des betreffenden Mitgliedstaats festgestellter Insolvenz des Schuldners oder der für die Unregelmäßigkeit rechtlich verantwortlichen Personen unmöglich ist. Wird dieser Beschluss innerhalb einer Frist von vier Jahren ab der Wiedereinziehungsanordnung gefasst bzw. innerhalb einer Frist von acht Jahren, wenn die Wiedereinziehung Gegenstand eines Verfahrens vor den nationalen Gerichten ist, so sollten die finanziellen Folgen der Nichtwiedereinziehung zu 100 % vom Unionshaushalt getragen werden. Die Beträge, für die die Mitgliedstaaten beschlossen haben, die Wiedereinziehung nicht fortzusetzen, und die Gründe für diesen Beschluss sind in der zusammenfassenden Übersicht gemäß Artikel 54 Absatz 4 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 in Verbindung mit Artikel 102 Absatz 1 Unterabsatz 1 Buchstabe c Ziffer iv der genannten Verordnung aufgeführt. Diese Beträge sollten dem betreffenden Mitgliedstaat daher nicht angelastet werden und werden folglich vom Unionshaushalt getragen.

(12) Gemäß Artikel 51 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 sollte der vorliegende Beschluss späteren Beschlüssen der Kommission nicht vorgreifen, mit denen nicht in Übereinstimmung mit den Unionsvorschriften getätigte Ausgaben von der Unionsfinanzierung ausgeschlossen werden —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

Die Rechnungen der Zahlstellen der Mitgliedstaaten über die vom Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) im Haushaltsjahr 2020 finanzierten Ausgaben werden abgeschlossen.

Die gemäß diesem Beschluss von den Mitgliedstaaten wiedereinzuziehenden bzw. ihnen zu erstattenden Beträge, einschließlich der sich aus der Anwendung von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 ergebenden Beträge, sind in den Anhängen I und II dieses Beschlusses aufgeführt.

Artikel 2

Für das Haushaltsjahr 2020 werden die Rechnungen der in Anhang III genannten Zahlstellen der Mitgliedstaaten über die vom EGFL finanzierten Ausgaben im Rahmen dieses Beschlusses nicht abgeschlossen und sind Gegenstand eines späteren Rechnungsabschlussbeschlusses.

Artikel 3

Dieser Beschluss greift späteren Konformitätsabschlussbeschlüssen der Kommission gemäß Artikel 52 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 nicht vor, mit denen nicht in Übereinstimmung mit den Unionsvorschriften getätigte Ausgaben von der Unionsfinanzierung ausgeschlossen werden.

Artikel 4

Dieser Beschluss ist an die Mitgliedstaaten gerichtet.

Brüssel, den 28. Mai 2021

Für die Kommission
Janusz WOJCIECHOWSKI
Mitglied der Kommission

ANHANG I

Abschluss der Rechnungen der Zahlstellen Haushaltsjahr 2020 – EGFL

Vom Mitgliedstaat wiedereinzuziehender bzw. ihm zu erstattender Betrag

MS		2020 – Ausgaben/zweckgebundene Einnahmen der Zahlstellen, deren Rechnungen		a + b insgesamt	Kürzungen, Aussetzungen und sonstige Anpassungen aufgrund von Konformitäts- und Rechnungsabschlussbeschlüssen für das gesamte Haushaltsjahr (1)	Gemäß Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 in Bezug auf den EGFL anzulastender Betrag	Gesamtbetrag, einschließlich Kürzungen, Aussetzungen und sonstiger Anpassungen	An den Mitgliedstaat für das Haushaltsjahr geleistete Zahlungen	Vom Mitgliedstaat wiedereinzuziehender (-) oder an ihn zu zahlender (+) Betrag (2)
		abgeschlossen werden	abgetrennt werden						
		= in der Jahreserklärung gemeldete Ausgaben/ zweckgebundene Einnahmen	= in den Monatsmeldungen insgesamt gemeldete Ausgaben/ zweckgebundene Einnahmen						
		a	b	c=a+b	d	e	f=c+d+e	g	h=f-g
AT	EUR	712 580 493,14	0,00	712 580 493,14	-438 052,82	0,00	712 142 440,32	712 142 440,32	0,00
BE	EUR	539 666 069,55	0,00	539 666 069,55	9 303 321,15	-714,37	548 968 676,33	549 216 464,24	-247 787,91
BG	BGN	0,00	0,00	0,00	0,00	-1 040 285,86	-1 040 285,86	0,00	-1 040 285,86
BG	EUR	797 560 837,08	0,00	797 560 837,08	-3 492 734,52	0,00	794 068 102,56	793 695 542,34	372 560,22
CY	EUR	53 903 497,85	0,00	53 903 497,85	-422 479,23	0,00	53 481 018,62	53 458 196,40	22 822,22
CZ	CZK	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
CZ	EUR	871 214 455,97	0,00	871 214 455,97	-3 340 163,44	0,00	867 874 292,53	867 874 836,43	-543,90
DE	EUR	4 873 382 533,21	0,00	4 873 382 533,21	-18 490 502,55	-19 513,11	4 854 872 517,55	4 855 086 234,98	-213 717,43
DK	DKK	0,00	0,00	0,00	0,00	-31 582,89	-31 582,89	0,00	-31 582,89
DK	EUR	825 164 121,08	0,00	825 164 121,08	28 998,28	0,00	825 193 119,36	825 355 180,69	-162 061,33
EE	EUR	143 792 110,83	0,00	143 792 110,83	3 747,48	0,00	143 795 858,31	143 783 751,64	12 106,67
ES	EUR	5 716 752 782,78	0,00	5 716 752 782,78	164 893 605,08	-1 332 201,60	5 880 314 186,26	5 884 081 566,21	-3 767 379,95
FI	EUR	528 790 333,50	0,00	528 790 333,50	-91 209,53	-24 300,53	528 674 823,44	528 684 388,58	-9 565,14
FR	EUR	7 433 340 301,86	0,00	7 433 340 301,86	109 417 008,04	-98 353,05	7 542 658 956,85	7 545 209 849,50	-2 550 892,65
EL	EUR	2 037 063 961,52	0,00	2 037 063 961,52	-45 204 886,19	-2 616 175,96	1 989 242 899,37	1 991 859 077,81	-2 616 178,44
HR	HRK	0,00	0,00	0,00	0,00	-503,39	-503,39	0,00	-503,39

HR	EUR	328 656 163,62	0,00	328 656 163,62	-1 264 626,90	0,00	327 391 536,72	327 397 989,80	-6 453,08
HU	HUF	0,00	0,00	0,00	0,00	-39 944 263,00	-39 944 263,00	0,00	-39 944 263,00
HU	EUR	1 304 392 525,48	0,00	1 304 392 525,48	-2 334 257,65	0,00	1 302 058 267,83	1 302 241 243,81	-182 975,98
IE	EUR	1 257 729 374,82	0,00	1 257 729 374,82	-2 242 355,99	0,00	1 255 487 018,83	1 254 623 848,09	863 170,74
IT	EUR	4 084 701 847,96	184 578 471,40	4 269 280 319,36	-167 562 267,97	-5 216 598,80	4 096 501 452,59	4 097 021 659,49	-520 206,90
LT	EUR	482 562 043,26	0,00	482 562 043,26	-435 684,24	-30,26	482 126 328,76	482 108 904,04	17 424,72
LU	EUR	33 208 362,60	0,00	33 208 362,60	-23 741,41	0,00	33 184 621,19	33 108 650,58	75 970,61
LV	EUR	279 850 914,39	0,00	279 850 914,39	-1 576,85	-11 798,86	279 837 538,68	279 849 337,54	-11 798,86
MT	EUR	5 408 270,44	0,00	5 408 270,44	-591 621,91	0,00	4 816 648,53	4 816 566,32	82,21
NL	EUR	685 966 710,88	0,00	685 966 710,88	-10 237 078,39	0,00	675 729 632,49	675 706 792,26	22 840,23
PL	PLN	0,00	0,00	0,00	0,00	-508 847,00	-508 847,00	0,00	-508 847,00
PL	EUR	3 421 262 538,14	0,00	3 421 262 538,14	854 066,26	0,00	3 422 116 604,40	3 422 195 465,64	-78 861,24
PT	EUR	782 678 219,08	0,00	782 678 219,08	-1 736 465,95	-358 738,54	780 583 014,59	778 248 881,98	2 334 132,61
RO	RON	0,00	0,00	0,00	0,00	-1 317 093,80	-1 317 093,80	0,00	-1 317 093,80
RO	EUR	1 982 545 963,24	0,00	1 982 545 963,24	-89 926 247,22	0,00	1 892 619 716,02	1 893 477 397,21	-857 681,19
SE	SEK	0,00	0,00	0,00	0,00	-17 891,73	-17 891,73	0,00	-17 891,73
SE	EUR	698 323 963,30	0,00	698 323 963,30	-34 313 208,44	0,00	664 010 754,86	664 235 363,37	-224 608,51
SI	EUR	140 919 228,17	0,00	140 919 228,17	1 234,75	-1,41	140 920 461,51	140 765 859,48	154 602,03
SK	EUR	0,00	458 885 221,00	458 885 221,00	0,00	0,00	458 885 221,00	458 885 221,00	0,00

([1]) Hinzu kommen insbesondere Berichtigungen aufgrund der Nichteinhaltung von Zahlungsfristen in den Monaten August, September und Oktober 2020 sowie andere Kürzungen im Rahmen von Artikel 41 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013.

([2]) Bei der Berechnung des vom Mitgliedstaat wiedereinzuziehenden oder an ihn zu zahlenden Betrags wird für die abgeschlossenen Rechnungen der Ausgabenbetrag der Jahreserklärung zugrunde gelegt (Spalte a). Bei den abgetrennten Rechnungen sind es die in den Monatsmeldungen insgesamt gemeldeten Ausgaben (Spalte b). Anwendbarer Wechselkurs: Artikel 11 Absatz 1 Unterabsatz 1 Satz 2 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 907/2014 der Kommission.

MS		Ausgaben (1)	Zweckgebundene Einnahmen (1)	Artikel 54 Absatz 2 (=e)	Insgesamt (=h)
		08 02 06 01	6200	6200	
		i	j	k	l = i+j+k
AT	EUR	0,00	0,00	0,00	0,00
BE	EUR	0,00	-247 073,54	-714,37	-247 787,91
BG	BGN	0,00	0,00	-1 040 285,86	-1 040 285,86
BG	EUR	383 488,16	-10 927,94	0,00	372 560,22
CY	EUR	22 822,22	0,00	0,00	22 822,22
CZ	CZK	0,00	0,00	0,00	0,00
CZ	EUR	0,00	-543,90	0,00	-543,90
DE	EUR	0,00	-194 204,32	-19 513,11	-213 717,43
DK	DKK	0,00	0,00	-31 582,89	-31 582,89
DK	EUR	0,00	-162 061,33	0,00	-162 061,33
EE	EUR	12 106,67	0,00	0,00	12 106,67
ES	EUR	0,00	-2 435 178,35	-1 332 201,60	-3 767 379,95
FI	EUR	77 207,17	-62 471,78	-24 300,53	-9 565,14
FR	EUR	0,00	-2 452 539,60	-98 353,05	-2 550 892,65
EL	EUR	0,00	-2,48	-2 616 175,96	-2 616 178,44
HR	HRK	0,00	0,00	-503,39	-503,39
HR	EUR	0,00	-6 453,08	0,00	-6 453,08
HU	HUF	0,00	0,00	-39 944 263,00	-39 944 263,00
HU	EUR	0,00	-182 975,98	0,00	-182 975,98
IE	EUR	865 691,00	-2 520,26	0,00	863 170,74
IT	EUR	4 696 391,90	0,00	-5 216 598,80	-520 206,90
LT	EUR	17 454,98	0,00	-30,26	17 424,72
LU	EUR	75 970,61	0,00	0,00	75 970,61
LV	EUR	0,00	0,00	-11 798,86	-11 798,86

MT	EUR	82,21	0,00	0,00	82,21
NL	EUR	22 840,23	0,00	0,00	22 840,23
PL	PLN	0,00	0,00	-508 847,00	-508 847,00
PL	EUR	0,00	-78 861,24	0,00	-78 861,24
PT	EUR	2 693 015,61	-144,46	-358 738,54	2 334 132,61
RO	RON	0,00	0,00	-1 317 093,80	-1 317 093,80
RO	EUR	0,00	-857 681,19	0,00	-857 681,19
SE	SEK	0,00	0,00	-17 891,73	-17 891,73
SE	EUR	0,00	-224 608,51	0,00	-224 608,51
SI	EUR	154 603,44	0,00	-1,41	154 602,03
SK	EUR	0,00	0,00	0,00	0,00

([1]) Die HL 08 02 06 01 wird gemäß Artikel 43 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 aufgeteilt in negative Berichtigungen, die zu zweckgebundenen Einnahmen unter der HL 62 00 werden, und in positive Berichtigungen zugunsten der MS, die nun auf der Ausgabenseite beim Posten 08 02 06 01 aufgeführt werden.

Anmerkung: Eingliederungsplan 2021: 08 02 06 01, 6200

ANHANG II

Abschluss der Rechnungen der Zahlstellen Haushaltsjahr 2020 – EGFL

Berichtigungen gemäß Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 (*)

Mitgliedstaat	Währung	in Landeswährung	in EUR
AT	EUR		
BE	EUR		
BG	BGN		
CY	EUR	-	31 351,87
CZ	CZK	815 714,68	-
DE	EUR		
DK	DKK		
EE	EUR	-	-
ES	EUR		
FI	EUR		
FR	EUR		
UK	GBP		
EL	EUR		
HR	HRK		
HU	HUF	308 112,00	-
IE	EUR		
IT	EUR		
LT	EUR	-	20 686,14
LU	EUR		
LV	EUR	-	180,47
MT	EUR	-	-
NL	EUR		
PL	PLN	63 221,90	-
PT	EUR		
RO	RON		
SE	SEK		
SI	EUR	-	-
SK (**)	EUR	-	-

(*) Beträge, die den Mitgliedstaaten aufgrund der Anwendung des Artikels 54 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 in Bezug auf das aus dem Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) finanzierte befristete Instrument für die Entwicklung des ländlichen Raums (TRDI) anzulasten sind (Verordnung (EG) Nr. 27/2004 der Kommission vom 5. Januar 2004 mit Übergangsvorschriften zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 des Rates hinsichtlich der Finanzierung der Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums in der Tschechischen Republik, Estland, Zypern, Lettland, Litauen, Ungarn, Malta, Polen, Slowenien und der Slowakei durch den EAGFL, Abteilung Garantie (ABl. L 5 vom 9.1.2004, S. 36))

(**) Bei den Zahlstellen, deren Rechnungen abgetrennt werden, sind die Berichtigungen gemäß Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 vorzunehmen, sobald die Rechnungen für den Abschluss vorgeschlagen werden.

ANHANG III

Abschluss der Rechnungen der Zahlstellen Haushaltsjahr 2020 – EGFL

Liste der Zahlstellen, deren Rechnungen abgetrennt wurden und Gegenstand eines späteren Abschlussbeschlusses sein werden

Mitgliedstaat	Zahlstelle
Italien	Agenzia della regione Calabria per le Erogazioni in Agricoltura
Slowakei	Pôdohospodárska platobná agentúra